

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d



Inhalt

Ulrich Lang MdL, Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg, zur "stern"-Enthüllung über die Pershing-II-Raketen: Gefahren von Bonn verheimlicht.

Seite 1

Horst Jungmann MdB, Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, verurteilt die Frühpensionierung von 1.200 Offizieren: Sozial unverträglich.

Seite 3

Dokumentation

Der Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Gerd Helmann hielt am Mittwoch in Bonn einen vielbeachteten Vortrag über die beiden deutschen Staaten und die europäische Sicherheit. Wir veröffentlichen das Referat in zwei Teilen.

Seite 4

40. Jahrgang / 97

23. Mai 1985

Gefahren verheimlicht

Wenn der Pershing-Bericht des "stern" stimmt, muß Wörner zurücktreten

Von Ulrich Lang MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg

Der Dilettantismus des Bundeskanzlers, verbunden mit gezielten Desinformationen aus dem Bonner Verteidigungsministerium, verstärkt immer mehr die Gefahren, die aus der in vollem Gang befindlichen nuklearen Massenstationierung in unserem Land resultieren.

Sollte der Inhalt der "stern-Fundsache" zutreffen, wonach auf 3/4 der Pershing-II-Raketen ständig ein zündbereiter Atom Sprengkopf steckt, wonach in einem Geheimdepot über die 108 Nachrüstungs-Pershings hinaus etwa die gleiche Anzahl nochmals eingelagert wird, und wonach die Hälfte aller Pershing-II-Raketen startklar auf ein Ziel gerichtet ist, hätte Verteidigungsminister Wörner die Bevölkerung gleich mehrfach unzureichend oder falsch informiert.

Insbesondere seine Behauptung, in Heilbronn hätte zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr für die Bevölkerung bestanden, ist unter Annahme des jetzt veröffentlichten Sachverhalts irreführend.



Wenn bei der in Heilbronn verunglückten Rakete kein zündbereiter Atomsprenghkopf war, ist dies wohl nur ein glücklicher statistischer Zufall. Nach dem stern- 'Bericht' hätte man im Verhältnis 3 : 1 mit einer bestückten Rakete rechnen müssen. Angesichts der berechtigten Besorgnisse der Bevölkerung und ihrem Anspruch auf rückhaltlose Information ist im Falle der Falschinformation Wörmers Rücktritt unausweichlich.

Zudem ist der baden-württembergischen Landesregierung der Vorwurf zu machen, sich an den amtlichen Nebelkerzen zur Verwischung und Verniedlichung der militärischen Realitäten in Baden-Württemberg zu beteiligen. So hat sich Innenminister Schlee die Aussage der amerikanischen Streitkräfte in der von der SPD-Fraktion beantragten aktuellen Debatte zum Pershing-II-Unfall zueigen gemacht, wonach die Lagerung der atomaren Systeme unter Sicherheitsvorkehrungen stattfindet, die nach menschlichem Ermessen eine Gefährdung der Bevölkerung ausschließen würden. Diese Aussage kann nicht mehr aufrecht erhalten werden, wenn es zutrifft, daß 75 Prozent der Pershing-II-Raketen ständig mit einem zündbereiten Atomsprenghkopf versehen sind.

Auch die bekanntgewordenen Reaktionen der baden-württembergischen Behörden, dem Finder dieses Handbuchs ein Strafverfahren wegen Beihilfe zum Vorrat von Staatsgeheimnissen anzudrohen beziehungsweise auf die Möglichkeit eines Disziplinarverfahrens hinzuweisen, läßt jeden politischen Instinkt vermissen. Statt über den vermeintlichen Geheimnisverrat zu lamentieren, sollte die Landesregierung die Besorgnisse der Bürger ernstnehmen und dazu beitragen, daß alle Stationierungsorte für die Pershing-II bekanntgegeben werden und unverzüglich ein Stationierungsstop erfolgt. (-/23.5.1985/rs/ks)

+ + +



Sozialpolitisch unverträglich

Die Frühpensionierung von Offizieren wird Forderungen aus anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes nach sich ziehen

Von Horst Jungmann MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Wörners Hochgefühl, die vorzeitige Pensionierung von 1.200 Offizieren der Jahrgänge 32 bis 45 im Parlament durchgesetzt zu haben, wird der Regierung nicht ein Fiasko ersparen.

Die Unsicherheit der Koalitionsfraktionen zeigt sich unter anderem in dem Änderungsantrag des Gesetzes zur Verbesserung der Personalstruktur der Streitkräfte, der kurz vor der abschließenden Beratung im Verteidigungsausschuß eingebracht und dann mit den Stimmen der CDU/CSU und FDP beschlossen wurde. Die Absicht, nur noch 1.200 Offiziere vorzeitig zu pensionieren, ändert an den Auswirkungen nichts.

Die Frühpensionierung fällt völlig aus dem Rahmen herkömmlicher Maßnahmen zur Lösung von Strukturproblemen im öffentlichen Dienst. Darüber hinaus wirft es das System der Lösung von Arbeitsplatzproblemen in der Privatwirtschaft über den Haufen. Die gesellschafts- und sozialpolitische Unverträglichkeit dieses Vorschlages ist für Sozialdemokraten nicht akzeptierbar.

Arbeitnehmer, die in den Vorruhestand gehen, müssen finanzielle Abstriche hinnehmen, während die Soldaten sogar noch eine nicht unerhebliche Abfindung erhalten sollen und ohne Abzüge hinzuverdienen können.

Rentner müssen bei der Erhöhung ihrer Renten um Bruchteile von Prozenten streiten. Von ihnen kann man kein Verständnis für die Frühpensionierung von Offizieren erwarten, die über eine halbe Milliarde Mark kostet.

Die Einmaligkeit der Lösung von Strukturproblemen im öffentlichen Dienstrecht wird berechnete Forderungen auch aus anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes nach sich ziehen. Zu erwarten sind Klagen vor den Gerichten bis hin zum Bundesverfassungsgericht, weil häufig ähnliche Verzerrungen der Personalstruktur beim Zoll, bei der Bundesbahn, Bundespost und in der Bundeswehrverwaltung sowie den übrigen Verwaltungen bestehen. Die Polizei fordert zu Recht aufgrund des Wörner-Plans eine Frühpensionsregelung.

Die Sozialpolitiker der CDU/CSU werden sich bei der 2. und 3. Lesung im Bundestag fragen lassen müssen, wie sie diesen Wörner-Plan angesichts der unverändert hohen Arbeitslosigkeit, der gravierenden Abstriche bei Sozialleistungen und den realen Einbußen bei den unteren Einkommensgruppen mit ihrem Gewissen vereinbaren können.

Eine hohe Hürde wird der Verteidigungsminister im Bundesrat zu überspringen haben - es sei denn, der bayerische Ministerpräsident hat es mit seinen Argumenten gegen dieses Gesetz nicht so ernst gemeint.
(-/23.5.1985/rs/ks)

+ + +



DOKUMENTATION
Gerd Heimann: Die beiden deutschen Staaten und die europäische Sicherheit (Teil I)

Der Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Professor Gerd Heimann hat am Mittwoch in Bonn im Rahmen des deutschlandpolitischen Forums der Friedrich-Ebert-Stiftung einen vielbeachteten Vortrag gehalten, den wir in zwei Teilen dokumentieren.

(1.)

Das entscheidende Faktum für die europäische Sicherheit unserer Tage ist, daß die Vereinigten Staaten die Formel des Harmel-Berichts, Verteidigungsfähigkeit plus Entspannung, einseitig aufgekündigt haben. Das ist interessanterweise noch im letzten Jahr der Präsidentschaft Jimmy Carters geschehen, was darauf hindeutet, daß die innenpolitischen Veränderungen in Amerika sehr viel grundlegender sind, als daß sie nur mit dem derzeitigen Präsidenten Reagan erklärt werden könnten.

Was hat sich eigentlich verändert? In den sechziger Jahren waren es die Vereinigten Staaten, die gemeinsam mit der Sowjetunion die Entspannungspolitik begründet haben. Wenn diese heute unter Berufung auf Afghanistan, auf innenpolitische Vorgänge in Polen und andere Konfliktfelder mit der Sowjetunion die Entspannungspolitik für beendet erklären, muß ihnen entgegengehalten werden, daß weder der Bau der Mauer in Berlin noch der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in Prag sie seinerzeit - übrigens vollkommen zu Recht - daran gehindert haben, eben diese Politik zu etablieren. Geändert hat sich in Wirklichkeit nur die Interessenlage der Vereinigten Staaten, so wie diese heute in Washington definiert wird. Es zeigt sich, daß die Vereinigten Staaten neben der Option Entspannung immer auch die Option Kalter Krieg und Kräfteressen mit der anderen Großmacht haben. Europa hat diese zweite Option nicht, weil die Wunden der Teilung nur langsam verheilen und einer langen historischen Perspektive des Friedens bedürfen. Auch ist die Alternative zum Frieden in Europa die endgültige Auslöschung dieses Kontinents, während in den Vereinigten Staaten manche hoffen mögen, selbst in diesem schlimmsten Fall noch davonzukommen, eine Hoffnung, die durch eine Reihe von geographisch begrenzten Stellvertreterkriegen in vielen Teilen der Welt zumindest dem Anschein nach bestätigt wird.

Inzwischen ist die gegenwärtige amerikanische Administration in der Definition und Durchsetzung eigener Interessen so unbekümmert egozentrisch, daß sie sich kaum noch Mühe gibt zu verschleiern, in welchem Maß sie dauernd die Interessen ihrer europäischen Bündnispartner verletzt. Während Europa noch unter den Folgen der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen leidet, fordert sie die Militarisierung des Weltraums in einer Weise, daß diese entweder nicht ernst gemeint sein kann oder wirklich den Zweck hat, die Sowjetunion in die Knie zu zwingen. Unvermindert werden durch eine defizitäre Haushalts- und damit Hochzinspolitik Geldströme aus Europa in die Vereinigten Staaten gelenkt, um damit dort einen Aufschwung auf Pump und eine Hochrüstungspolitik zu finanzieren. Während die Vereinigten Staaten immer mehr Handelsbarrieren gegen Importe aus Europa errichten, versuchen sie gleichzeitig, den europäischen Handel mit den RGW-Staaten durch ein weitgehendes Verbot von Technologietransfer zu behindern. Ihre Nicaragua-Politik verletzt nicht nur die Regeln des Völkerrechts, sondern führt an Grundüberzeugungen, von denen bisher angenommen wurde, sie seien dem Westen gemeinsam. Im Verhältnis zur Dritten Welt erinnern die Auswirkungen der amerikanischen Wirtschaftspolitik an Kolonialismus; in der Effizienz des Ausbeutungseffektes übertreffen sie ihn wahrscheinlich.

Die Ungeniertheit, mit der andere als amerikanische Interessen mißachtet werden, läßt den Schluß zu, daß diese Politik nicht nur Ausfluß einer bestimmten innenpolitischen Konstellation in den Vereinigten Staaten ist, die sich irgendwann ändert. Offenbar handelt es sich auch um Verschiebungen im tektonischen Gefüge. Der Schwerpunkt amerikanischer Politik, der unter Kennedy vielleicht noch irgendwo



zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa lag, also atlantisch orientiert war, hat sich weiter westwärts verschoben. Das gilt auch geistig und zivilisatorisch. Jedenfalls mehren sich die Anzeichen, daß das "atlantische Zeitalter", wenn es überhaupt richtig stattgefunden hat, schon zu Ende ist.

Je weniger die Interessen Westeuropas in der amerikanischen Politik gut aufgehoben sind, desto stärker muß Westeuropa eine eigene Politik formulieren und durchsetzen. Das ist der Kern dessen, was Horst Ehmke die "Selbstbehauptung Europas" genannt hat. Ein Westeuropa, das gezwungen wird, stärker auf eigenen Beinen zu stehen, führt zwangsläufig zu einer Neubestimmung der europäischen Balance.

(2.)

Mit diesem Ansatz bekenne ich mich ausdrücklich zu einer europäischen Sicherheitspolitik. Das schließt eine isolierte deutsch-deutsche Sicherheitspolitik, die nicht durch ihre jeweiligen europäischen Partner - für die DDR ist das vor allem die Sowjetunion - abgesichert ist, weitgehend aus. Das ist der Grund, weshalb ich einen Augenblick noch beim Thema Europa verharren möchte, bevor ich mich den Beiträgen, die die beiden deutschen Staaten leisten können, zuwende.

Es liegt auf der Hand, daß eine von den Vereinigten Staaten in höherem Maße unabhängige Politik auf andere Weise als bisher mit dem auf Westeuropa lastenden Hegemonialdruck der Sowjetunion fertig werden muß. Diese Feststellung beinhaltet eine große Gefahr, wenn sie zu dem Fehlschluß führen würde, daß militärische Optionen, über die bisher nur die Vereinigten Staaten verfügen, einfach durch eigene Anstrengungen Westeuropas substituiert werden müssen. Der Versuch, die Sicherheit Westeuropas allein auf militärische Leistungen, die bisher den Vereinigten Staaten zugeordnet sind, durch eigene zu ersetzen, ist schon vom Ansatz her unsinnig und friedensgefährdend. Er würde zu einer ungeheuerlichen Militarisierung der Europäischen Gemeinschaft und zu einer großangelegten Aufrüstung Westeuropas sowohl in konventioneller wie in nuklearer Hinsicht führen. Aber es gibt viele, die hinter der Wiederbelebung der WEU genau das vermuten, und manche, die das wohl auch wollen: die kumulative Verstärkung der konventionellen Kampfkraft der Bundeswehr und gleichzeitig den Ausbau der nuklearen Komponente unter französischer und britischer Verfügung, aber mit finanzieller (und rüstungswirtschaftlicher ?) Unterstützung der Bundesrepublik. Fehlt eigentlich nur noch der europäische Beitrag zur Militarisierung des Weltraums!

Der Denkfehler solcher Überlegungen liegt in der Fehleinschätzung, daß das Verhältnis "Westeuropa und Sowjetunion" gleichermaßen durch eine globale und prinzipielle Rivalität bestimmt sei wie das amerikanisch-sowjetische Verhältnis. Gäbe es nicht nach wie vor einen irrationalen und fast unausrottbaren Antikommunismus, müßte eigentlich längst klar geworden sein, daß die Interessen Westeuropas und der Sowjetunion weniger konträr als komplementär sind. Westeuropa braucht Rohstoffe, die die Sowjetunion reichlich hat. Die Sowjetunion braucht Kapital, eine entwickelte Technologie und eine ausreichende Infrastruktur, um ihre Rohstoffreserven zu erschließen, alles Güter, die im frühindustrialisierten Westeuropa in einem so hohen Maße vorhanden sind, daß dafür neue Märkte erschlossen werden müssen. Langfristig noch wichtiger ist, daß ein neuer Krieg in Europa die Existenz aller europäischen Völker, zu denen die Russen zählen, bedrohen würde. Was an Gegensätzen bleibt, sind die in den verschiedenen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen bedingten Systemunterschiede. Es gibt keinen Grund, sie zu verharmlosen, aber es darf nicht zugelassen werden, daß sie zur Wiederbelebung des Kalten Krieges instrumentalisiert werden.

Eine vernünftige Analyse der tatsächlich von der Sowjetunion ausgehenden Bedrohung Westeuropas muß also die vielen Felder komplementären oder sogar identischen Interesses einbeziehen. Sie darf deshalb keinen Fall den Militärexperten überlassen bleiben. Was Westeuropa braucht, um vor politischer Erpressung durch die Androhung militärischer Gewalt sicher zu sein, ist eine genügend abschreckende Verteidigungsfähigkeit, die ihre politische, nicht militärische Funktion durch eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit unterstreicht. Erst in diesem Zusammenhang wird deutlich, daß die bisher erarbeiteten Konzepte sozialdemokratischer Sicherheitspolitik (atomwaffenfreie Zonen in Europa, eine realistische Bedrohungsanalyse, die politische Faktoren einbezieht, und die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit) mehr als nur einzelne Mosaiksteinchen sind. Sie könnten zu den tragenden Pfeilern einer von gegenseitiger Erpressung freien, gleichberechtigten und partnerschaftlichen Zusammenarbeit in Europa werden.

